

Signatur

Thierack
Datum 2. April 1935

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

No. 1 6 9 . .

Dr. Thierack Vizepräsident des Reichsgerichts.

✠ Berlin, 1. April. Auf Vorschlag des Reichsjustizministers hat der Führer und Reichkanzler den bisherigen sächsischen Justizminister Dr. Thierack zum Vizepräsidenten des Reichsgerichts und den Senator Rothenberger zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Hamburg ernannt.

Hamburger Nachrichten

Nr. 160

Dr. Thierack Vizepräsident des Reichsgerichts.



Keystone.

Der Führer und Reichskanzler hat auf Vorschlag des Reichsjustizministers den bisherigen sächsischen Justizminister Dr. Thierack zum Vizepräsidenten des Reichsgerichts ernannt.

Kölnische Zeitung
— 186 ..
Nr.



Signature

P.

Thierack

Datum

21. Sep. 1935

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 488..

Dr. Thierack stellvertretender Präsident des
Reichsdisziplinarhofes.
✠ Berlin, 20. Sept. Zum stellvertretenden Präsidenten des
Reichsdisziplinarhofes in Leipzig wurde der Vizepräsi-
dent beim Reichsgericht, Dr. Thierack, der früher sächsischer Justiz-
minister war, bestellt.

3 3 1 6 4 0005 BEC

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Thierack, b.

Signatur.....

Datum..... **16. Mai 1936**

Völkischer Beobachter (Berlin)

Nr. 1 3 7 - - -

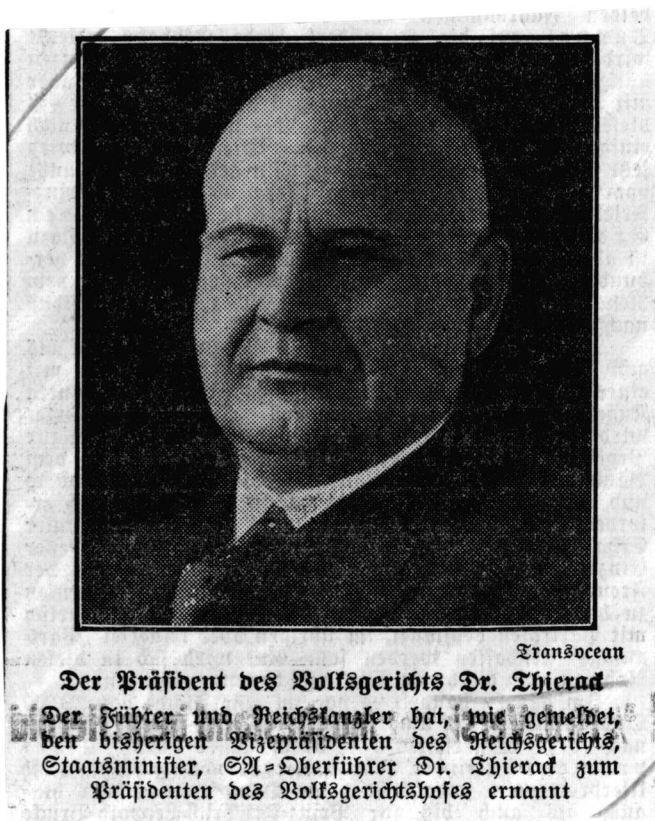


Signatur.....

Datum **16. Mai 1936**

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 2 2 9 - - -



Transocean

Der Präsident des Volksgerichts Dr. Thierack

Der Führer und Reichkanzler hat, wie gemeldet, den bisherigen Vizepräsidenten des Reichsgerichts, Staatsminister, SA-Oberführer Dr. Thierack zum Präsidenten des Volksgerichtshofes ernannt

Der Führer und Reichkanzler hat, wie gemeldet, den bisherigen Vizepräsidenten des Reichsgerichts, Staatsminister, SA-Oberführer Dr. Thierack zum Präsidenten des Volksgerichtshofes ernannt

Die Fünffjahrfeier beim Volksgerichtshof.

Duplikat (Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

✱ Berlin, 10. Juli. Aus Anlaß des Tages, an dem vor fünf Jahren der Volksgerichtshof zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten ist, fand heute vormittag eine Feier in den Räumen dieses höchsten Gerichts für Hoch- und Landesverrat in der Bellevuestraße in Berlin statt. Unter den Anwesenden sah man den Reichsminister Frant, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalobersten von Reitel, Staatssekretär Schlegelberger vom Reichsjustizministerium, den Präsidenten des italienischen Staatsverteidigungsgerichtshofes, Tringali-Casanuova, und den Präsidenten des Volksgerichtshofes, Thierack. Die Grüße des Reichsministers der Justiz überbrachte Staatssekretär Schlegelberger, der erklärte: Heute könne niemand mehr bestreiten, daß der Volksgerichtshof ein Gericht sei, das nach Recht und Gesetz urteile. „Der Volksgerichtshof hat seine Aufgabe bisher vorbildlich gelöst.“ Anschließend hielt Präsident Tringali in italienischer Sprache einen Vortrag über die Aufgaben des italienischen Staatsverteidigungsgerichtshofes, der schon erheblich älter als die entsprechende deutsche Institution ist, dessen Aufgabenkreis dem des Volksgerichtshofes jedoch sehr ähnlich ist. Auch hier werden nur diejenigen Verbrechen vor den Staatsverteidigungsgerichtshof gebracht, die, wie Präsident Tringali erklärte, an die Wurzeln des Staates rühren.

Der Volksgerichtshof, so sagte Minister Frant, der als nächster Redner sprach, habe sich als Sonderbau in den gesamten Bereich der Rechtsfindung eingefügt. Minister Frant bezeichnete ihn als den Exponenten der nationalsozialistischen Revolution innerhalb der Ordnung des Reiches, die den Schutz der Gemeinschaft verbürge. Er sei eine Kombination zwischen Autorität und Gerechtigkeitsausübung und habe eine höchste unmittelbare Führeraufgabe zu erfüllen. Dann erinnerte der Minister an den gemeinsamen Kampf

des deutschen und des italienischen Volkes. Das nationalsozialistische Deutschland und das fascistische Italien hätten allen jenen Mächten in der Welt den Kampf angesagt, die zur Zerstörung des inneren Friedens aller Völker führten: „Wir möchten die Welt eindringlich warnen: wer sich gegen die Geschlossenheit des deutschen Volkes verbrecherisch vergeht, der fällt.“

Mit der Arbeit des Volksgerichtshofes in den fünf Jahren seines Bestehens befaßte sich Präsident Thierack, der schilderte, wie sich die Tätigkeit der Staatsfeinde von 1934 bis heute von der hochverräterischen Tätigkeit zum Landesverrat verschoben habe. Die Zahl der Hochverratsjahren sei zurückgegangen. Die eigentlichen Anstifter zu diesen Verbrechen säßen aber immer im Auslande. Von dort her setze man die Staatsfeinde heute nicht mehr zum Hochverrat sondern zum Landesverrat an. Da im Ausland vielfach falsche Vorstellungen über den Umfang der Tätigkeit des Volksgerichtshofes bestehen und da insbesondere die Zahl der Todesurteile stark überschätzt werden, gab Präsident Thierack die wichtigsten Zahlen über das letzte Jahr bekannt. 1938 seien 269 Verfahren (mit 614 Angeklagten) vom Volksgerichtshof erledigt worden. Er habe insgesamt 17 Todesurteile gefällt und 54 Freisprüche. Von den 17 Todesurteilen sei nur ein einziges wegen Hochverrates gefällt worden. In den fünf Jahren seines Bestehens sei noch kein einziges Verfahren wegen Wirtschaftsjabotage und noch kein Verfahren wegen eines Angriffes auf leitende Persönlichkeiten von Partei und Staat geführt worden. Daraus ergebe sich eindeutig, daß der Volksgerichtshof kein Blutgericht sei. Im übrigen kündigte Präsident Thierack an, daß demnächst eine Schrift erscheinen werde, in der die Arbeit und die Ergebnisse der Judikatur des Volksgerichtshofes niedergelegt werden sollten.

Datum 25. Aug. 1942

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 4 3 2

Die neue Ordnung.

Der neue Reichsjustizminister, Dr. Otto Georg Thierack, ist aus dem sächsischen Justizdienst hervorgegangen. Er steht im vierundfünfzigsten Lebensjahre. Nachdem er den Weltkrieg mitgemacht hatte, wurde er zunächst Staatsanwalt in Leipzig und dann im Oberlandesgericht Dresden. Nach der nationalsozialistischen Umwälzung wurde er von dem Reichskommissar von Killinger mit der Führung des sächsischen Justizministeriums betraut. Nachdem er dann als Beauftragter des damaligen Reichsjustizministers Gürtner in der Leitung der Abteilung Sachsen-Thüringen an der Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich mitgewirkt hatte, wurde er im April 1935 zum Vizepräsidenten des Reichsgerichts, im Herbst desselben Jahres zum Präsidenten des Reichsdisziplinarhofes ernannt. Als dann im Mai 1936 der Volksgerichtshof als neues höchstes Gericht, vor allem für Hochverrats- und Landesverrattssachen, errichtet wurde, wurde Dr. Thierack zum Präsidenten dieses Gerichtes berufen. Dr. Thierack gehört, wie Dr. Freisler und Dr. Rothenberger, zu den alten Mitkämpfern des Führers, er hat der NSDAP bereits in der Zeit vor der Umwälzung von 1933 angehört.

*

Reichsjustizminister Thierack über die Gegenwartsaufgabe des Richters

„Am Tage des Sieges muß die Rechtspflege stehen“

DAZ. Berlin, 29. 8.

Reichsjustizminister Dr. Thierack hat sich in seinem Antrittserlaß, den die „Deutsche Justiz“ veröffentlicht, näher über seine Aufgaben geäußert. Der Führer hat den Minister beauftragt, eine starke nationalsozialistische Rechtspflege aufzubauen. Der Minister erklärt, daß er dies fortan mit aller Kraft vorantreiben und dieses Ziel nie aus den Augen lassen werde. Er bedürfe hierzu der Mitarbeit aller ihm unterstellten Menschen und Einrichtungen. Diese würden alle herangezogen werden, damit die Rechtspflege, die der Führer für sein Volk ihm als Ziel gesetzt habe, lebendig werde. Der Krieg lasse nicht alles sofort durchführen, aber das Kriegswichtige müsse sofort durchgeführt werden, und am Tage des Sieges müsse diese deutsche Rechtspflege stehen, bereit, ihre für die Zukunft des Reiches so wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Vor allem, so heißt es in dem Erlaß dann weiter, wende ich mich an die Richter, die in Zukunft als tragende Säule mitten im Gebäude der deutschen Rechtspflege stehen werden. Rechtsprechen bedeutet keine Uebung eines geschulten Verstandes, sondern das Ord-

nen von Lebensvorgängen im Volke. Ich will keine Richter sehen, deren Kunst sich darin erschöpft, das gesetzte Recht auf den ihnen unterbreiteten Sachverhalt mehr oder weniger scharfsinnig auszulegen. Das mögen Rechtsgelehrte tun, von denen das Volk kein Urteil verlangt. Der Richter ist der beste und kann allein Anerkennung verdienen, dessen Urteile das vom Volke getragene Rechtsgefühl verkörpern. Das gesetzte Recht soll dem Richter hierbei helfen, nicht aber soll es den Richter so beherrschen, daß er darüber die Verbindung zu dem Rechtsgefühl seines Volkes verliert. Das Recht ist Leben, nicht die starre Form eines Rechtsgedankens. Rechtsgestaltung ist lebenswahre Anwendung des Rechtsgedankens, nicht die Auslegung toter Buchstaben. Ihnen zuliebe darf das wirkliche Leben nicht zurechtgebogen werden. Jedem Richter ist es unbenommen, sich an mich zu wenden, falls er glaubt, durch das Gesetz gezwungen zu sein, ein lebensfremdes Urteil zu fällen. In einem solchen Notfall wird es meine Aufgabe sein, das Gesetz zur Verfügung zu stellen, das erforderlich ist. Ich möchte im Urteil des Richters den deutschen Menschen erkennen, der mit seinem Volke lebt.

Das Reich (Berlin)

Nr. 36

Georg Thierack

er Zwischen dem prunkvollen Bau eines Luxus-Hotels und einem hochgeschossigen Bürohaus, in der Bellevuestraße, inmitten der vielen Kunsthandlungen, die uns mit einem Ostade, einem Leibl oder einer Régence-Kommode zu locken suchen, weist ein Schild zum Volksgerichtshof. Neugierig schaut man durch die Gitterstäbe des Tors in den kleinen Park, wo eine Bank zum Warten einlädt; es ist ein friedliches Stück Tiergarten, Eichhörnchen jagen über den Rasen, spielen auf dem Weg. Zuweilen hoppeln sie mit ihren kauzigen Sprüngen zu dem breitschultrigen Mann, der da eine Sitzungspause zum Spaziergang nutzt, und äugen nach dem Frühstücksbrot...

Dr. Georg Thierack, der nach sechsjähriger Amtszeit als Präsident des Volksgerichtshofs nun ins Reichsjustizministerium übersiedelte, wird auch in Wilhelmstraße 69 einen Garten finden.



Aufnahme: PBZ.

Der freie Ausblick fehlt zwar, hier, auf der Ostseite der berühmten Straße, wohnt man inmitten der Großstadt — aber es wachsen doch auch hier die Bäume und Blumen, die von Kindheit an zu seinem Leben gehören. Er entstammt einer alten, bis in den Dreißigjährigen Krieg nachweisbaren Bauernfamilie der Niederlausitz und wurde

in jenem kleinen Städtchen Wurzen geboren, das — siehe den Urfaust — der Studiosus Goethe ob seiner Fähre in ungutem Gedächtnis hatte. Der junge Thierack studierte Rechts- und Staatswissenschaften in Marburg und dem benachbarten Leipzig, legte 1913 die erste Staatsprüfung ab, ward alsbald zum doctor juris promoviert. Der Weltkrieg, an dem Georg Thierack von 1914 an als Freiwilliger teilnahm, um als Offizier erst 1919 wieder zurückzukehren, unterbricht die programmäßige Laufbahn des Rechtsbeflissenen. Das Assessor-Examen wird also erst 1920 abgelegt; ein Jahr darauf ist Dr. Thierack Staatsanwalt in Leipzig, 1926 wird er nach Dresden an das Oberlandesgericht versetzt, wo er in politischen Prozessen amtiert.

Er erzählt gern, und zwar mit dem objektivierenden Abstand, als handle es sich um die Chronologie eines anderen Mannes, von diesen Anfängen. Er schweigt, vielleicht ebenso gern, über die charakterbildende Problematik jener Jahre. Zwischen Schicksalen und Paragraphen, zwischen Menschen und Doktrinen auf der Suche nach dem

absetzbarkeit etwa dem Richter gewährte, den Weg zur Bewegung des Führers. Am 10. März 1933 übernahm er das sächsische Justizministerium, im Mai 1935 wurde er zum Vizepräsidenten des Reichsgerichts ernannt.

Wer den Mann, dessen mächtiger Kopf schon äußerlich den logisch-analysierenden Denker verrät, amtieren sah, bewunderte die Urbanität des Wortes und der Geste, die der Prozeßführung und damit auch dem Angeklagten zugute kam. Er wußte genau, von welchem Geheimnis dieser Volksgerichtshof unwittert schien, und legte Wert auf die Feststellung, daß dieser Gerichtshof gar

nichts von „blutigem Tribunal“ an sich habe. Mit Stolz verwies er einmal, mitten im Kriege, auf die Tatsache, daß im Gegensatz zu ausländischen Greueltaten der Volksgerichtshof nur wenige Todesurteile gefällt hat. Er nannte eine sehr, sehr kleine Zahl, und sie umfaßt kaum zwei Prozent der Angeklagten. Er zitierte freimütig aus seinen Erfahrungen, verhehlte nicht die Schwierigkeiten, verkleinerte nicht die Aufgabe, die von dem wahren, echten Richter allein gelöst werden

kann. Rechtsprechen heißt nicht, Paragraphen auszudeuten, es bedeutet ihm, das Rechtsideal des Volkes in jedem einzelnen Fall im schöpferischen Urteilsspruch zu verwirklichen.

Georg Thierack als Richter war nie Diener des Rechts, wenn damit sklavisches Abhängigkeit vom Buchstaben gemeint ist. Er würde andererseits auch ablehnen, als Richter Herr des Rechts zu sein, sofern das juristische Willkür bedeutet. Er lebt, in

diesem Sinne, nicht „unter“ oder „über“ dem Recht, er lebt „im“ Recht unseres Volkes.

Volk und Recht und Boden sind eines. Aus dem Wissen um diese Einheit gestaltet der Jurist Thierack die Waffe gegen jeden, der sich gegen sie versündigt. Aus dem Erlebnis dieser Einheit resultiert die Uner-schütterlichkeit des Mannes Thierack, dem der Führer das höchste juristische Amt Deutschlands anvertraut hat.

Georg Thierack

er Zwischen dem prunkvollen Bau eines Luxus-Hotels und einem hochgeschossigen Bürohaus, in der Bellevuestraße, inmitten der vielen Kunsthandlungen, die uns mit einem Ostade, einem Leibl oder einer Régence-Kommode zu locken suchen, weist ein Schild zum Volksgerichtshof. Neugierig schaut man durch die Gitterstäbe des Tors in den kleinen Park, wo eine Bank zum Warten einlädt; es ist ein friedliches Stück Tiergarten, Eichhörnchen jagen über den Rasen, spielen auf dem Weg. Zuweilen hoppeln sie mit ihren kauzigen Sprüngen zu dem breitschultrigen Mann, der da eine Sitzungspause zum Spaziergang nutzt, und äugen nach dem Frühstücksbrot...

Dr. Georg Thierack, der nach sechsjähriger Amtszeit als Präsident des Volksgerichtshofs nun ins Reichsjustizministerium übersiedelte, wird auch in Wilhelmstraße 69 einen Garten finden.



Aufnahme: PBZ.

Der freie Ausblick fehlt zwar, hier, auf der Ostseite der berühmten Straße, wohnt man inmitten der Großstadt — aber es wachsen doch auch hier die Bäume und Blumen, die von Kindheit an zu seinem Leben gehören. Er entstammt einer alten, bis in den Dreißigjährigen Krieg nachweisbaren Bauernfamilie der Niederlausitz und wurde in jenem kleinen Städtchen Wurzen geboren, das — siehe den Urfaust — der Studiosus Goethe ob seiner Fährde in ungutem Gedächtnis hatte. Der junge Thierack studierte Rechts- und Staatswissenschaften in Marburg und dem benachbarten Leipzig, legte 1913 die erste Staatsprüfung ab, ward alsbald zum doctor juris promoviert. Der Weltkrieg, an dem Georg Thierack von 1914 an als Freiwilliger teilnahm, um als Offizier erst 1919 wieder zurückzukehren, unterbricht die programmäßige Laufbahn des Rechtsbeflissenen. Das Assessor-Examen wird also erst 1920 abgelegt; ein Jahr darauf ist Dr. Thierack Staatsanwalt in Leipzig, 1926 wird er nach Dresden an das Oberlandesgericht versetzt, wo er in politischen Prozessen amtiert.

Er erzählt gern, und zwar mit dem objektivierenden Abstand, als handle es sich um die Chronologie eines anderen Mannes, von diesen Anfängen. Er schweigt, vielleicht ebenso gern, über die charakterbildende Problematik jener Jahre. Zwischen Schicksalen und Paragraphen, zwischen Menschen und Doktrinen auf der Suche nach dem „richtigen Recht“ findet der Staatsanwalt Thierack auch ohne den Schutz, den die Un-

absetzbarkeit etwa dem Richter gewährte, den Weg zur Bewegung des Führers. Am 10. März 1933 übernahm er das sächsische Justizministerium, im Mai 1935 wurde er zum Vizepräsidenten des Reichsgerichts ernannt.

Wer den Mann, dessen mächtiger Kopf schon äußerlich den logisch-analysierenden Denker verrät, amtieren sah, bewunderte die Urbanität des Wortes und der Geste, die der Prozeßführung und damit auch dem Angeklagten zugute kam. Er wußte genau, von welchem Geheimnis dieser Volksgerichtshof umwittert schien, und legte Wert auf die Feststellung, daß dieser Gerichtshof gar

nichts von „blutigem Tribunal“ an sich habe. Mit Stolz verwies er einmal, mitten im Kriege, auf die Tatsache, daß im Gegensatz zu ausländischen Greueltaten der Volksgerichtshof nur wenige Todesurteile gefällt hat. Er nannte eine sehr, sehr kleine Zahl, und sie umfaßt kaum zwei Prozent der Angeklagten. Er zitierte freimütig aus seinen Erfahrungen, verhehlte nicht die Schwierigkeiten, verkleinerte nicht die Aufgabe, die von dem wahren, echten Richter allein gelöst werden

kann. Rechtsprechen heißt nicht, Paragraphen auszudeuten, es bedeutet ihm, das Rechtsideal des Volkes in jedem einzelnen Fall im schöpferischen Urteilsspruch zu verwirklichen.

Georg Thierack als Richter war nie Diener des Rechts, wenn damit sklavisches Abhängigkeit vom Buchstaben gemeint ist. Er würde andererseits auch ablehnen, als Richter Herr des Rechts zu sein, sofern das juristische Willkür bedeutet. Er lebt, in

diesem Sinne, nicht „unter“ oder „über“ dem Recht, er lebt „im“ Recht unseres Volkes.

Volk und Recht und Boden sind eines. Aus dem Wissen um diese Einheit gestaltet der Jurist Thierack die Waffe gegen jeden, der sich gegen sie versündigt. Aus dem Erlebnis dieser Einheit resultiert die Unererschütterlichkeit des Mannes Thierack, dem der Führer das höchste juristische Amt Deutschlands anvertraut hat.

33164 0011 BEC

Signatur

Datum

9. Sep. 1942

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 249

Lebensnahe Richter

Meldung unserer Berliner Schriftleitung

s-r. Berlin, 9. September

Der neue Reichsminister der Justiz Dr. Thierack erläuterte vor Vertretern der deutschen Presse seine Vollmacht dahin, daß er den Auftrag habe, dem uralten und kraftvollen Rechtsgefühl des deutschen Volkes eine selbstsichere Rechtspflege zu schaffen, die im nationalsozialistischen Geiste arbeite. Er betonte, daß der Rechtspflege heute ganz andere Aufgaben gestellt seien als im vergangenen Reich, daß zugleich mit dem Ausbau des Reiches auch ein ganz anderes Recht geschaffen werden könne. Das Reichsjustizministerium werde der Mittelpunkt der neuen Rechtspflege sein. Er führe die Arbeiten um das neue Strafgesetzbuch und das neue Volksgesetzbuch, während die Akademie des deutschen Rechts durch wissenschaftliche Arbeit die Grundlagen bereite. Der NS-Rechtswahrerbund schließlich, dessen Leitung ihm gleichfalls anvertraut sei, diene der Menschenführung. Ihm stehe es nicht zu, Gesetzesfragen zu lösen.

Sein Hauptaugenmerk wandte der Minister der Stellung des Richters zu. Es gebe zu viele Richter. Einmal könnten, anknüpfend an alte deutsche Rechtsgebräuche, viele kleinere Angelegenheiten von klarblickenden und freidenkenden Menschen selbstverantwortlich entschieden werden, zum andern sehe er nicht ein, weshalb ein so weit ausgebauter Instanzenzug notwendig sei. Natürlich müsse ein Reichsgericht die einheitliche Rechtslinie vorschreiben. In den meisten Fällen müsse jedoch eine Verhandlung zur Klärung genügen. In einem Vergleich des Richters mit dem Arzt sprach Dr. Thierack sich sehr warm für die Tätigkeit im Sinne des Friedensrichters vor der Hauptverhandlung aus. Nur wenn die Tat dem Volksganzen gefährlich werde, müsse er wie ein Chirurg scharf eingreifen.

Lebensnahe Richter seien für diese neue Form der Rechtspflege notwendig. Der Reichsminister betonte nachdrücklich, daß er sein Hauptaugenmerk der Erziehung der jungen Rechtswahrer zuwenden werde. Es gehe nicht an, daß die aufgeschlossenen jungen Menschen in den Seminaren der Universität so verbogen würden, daß sie das Leben nur noch durch die Brille des Gesetzes sehen könnten. Die Richter sollten auf der Universität nicht zu Rechtsgelehrten, sondern zu reifen Menschen erzogen werden, die selbstverständlich das Handwerksmäßige ihres Berufes zu beherrschen hätten. Er sprach sich sehr warm für die Förderung des Studiums der Frontkämpfer aus, die ihm als Männer, die in der Kameradschaft des Volkes gestanden hätten, für den Richterstand besonders wertvoll seien.

Zum Schluß befaßte sich Reichsminister Dr. Thierack noch mit gewissen Vorwürfen, die das feindliche Ausland an seine Vollmacht geknüpft habe. Die Ermächtigung, vom Recht abzuweichen, bedeute keineswegs, daß er in der Lage sei, vom Rechtsspruch des Richters abzuweichen, während der Richter dadurch nicht vom Gesetz gelöst sei. Er nannte diese böswilligen Umdeutungsversuche einen Beweis dafür, daß der Feind Angst vor der noch engeren Verbindung des deutschen Volkes mit seinem Recht durch eine gesunde Rechtspflege habe, und unterstrich sehr stark, daß durch den Erlaß die Sehnsucht von Jahrzehnten oder sogar eines Jahrhunderts erfüllt worden sei. Seine Aufgabe sei groß, so schloß er, und verantwortungsvoll, aber er stehe unter dem Gesetz des Auftrags des Führers. Er müsse es schaffen, und er werde es schaffen.

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 10

Dr. Thierack über die Auslese des Richterkorps

Rückgriff auf alten Volksrechtsbrauch — Reformierung des Rechtsanwaltsstandes

Von unserem Berichterstatter

tz. Breslau, 6. 1.

Aus Anlaß der schon gemeldeten Einführung des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Jung, des früheren Generalstaatsanwalts bei dem Kammergericht in Berlin, in sein Amt in Breslau sprach der Reichsjustizminister Dr. Thierack in der Jahrhunderthalle auf einer Kundgebung der NSDAP. über die nationalsozialistische Rechtspflege. Der Reichsjustizminister wies eingangs seiner Ausführungen darauf hin, daß es ein einmaliges Ereignis sei, wenn der Justizminister in einer Kundgebung über eine ihm vom Führer gestellte Aufgabe zum Volk spreche. Sein Auftrag, eine starke nationalsozialistische Rechtspflege aufzubauen, sei von historischem Ausmaß. Die Dringlichkeit dieser Aufgabe, die einen Zustand beende, dessen latente Krise offenbar gewesen sei und nun zu den Kriegsaufgaben in der Justiz trete, ergebe sich schon daraus, daß ein Volk, das einen Führungsanspruch in Mitteleuropa stelle, auf einer starken Rechtspflege aufgebaut sein müsse.

Dr. Thierack ging auf die einzelnen Probleme ein, die sich aus seiner Aufbauarbeit ergeben, und deren Lösung dazu dienen solle, dem Volk seine Rechtsfremdheit zu nehmen, und betonte, daß im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Rechtspflege der Mensch zu stehen habe. Seine Justizreform beginne deshalb bei dem Richter und dem Rechtsanwalt.

Die erste und entscheidende Forderung, die an den künftigen Richter gestellt werde, sei die unantastbare Haltung des Menschen. Der Führer sei der oberste Gerichtsherr des deutschen Volkes. Infolgedessen sei der Richter ein Teil der Staatsführung und in diesem Bewußtsein habe er zu handeln. Er habe ein im Leben erfahrener gerechter Mann zu sein, der die Sprache des Volkes spreche. Dr. Thierack verglich das Amt des Richters mit dem des Politischen Leiters und wies den grundlegenden Unterschied beider auf. Der Politische Leiter sei in seinen Entscheidungen gebunden an die Weisungen der Staatsführung. Der Richter hingegen müsse sein Urteil allein aus der inneren Ueberzeugung sprechen. Das Volk werde niemals einen Richter anerkennen, der nicht aus sich heraus sein Urteil schöpfe. Indem er aber die sittlichen Werte der Staatsführung in den Vordergrund stellt, werde er zum Gehilfen der Staatsführung. Gemeinsames liege in der staatserhaltenden Tätigkeit des Richters und des Politischen Leiters und beide seien verantwortlich nur dem Führer.

Ein solches Richterkorps, zu dem sich der Richterstand zu vereinen habe, bilde eine Auslese. Die Zahl der Richter werde dementsprechend beträchtlich herabgesetzt werden, auch weil der Richter von allen Arbeiten befreit würde, die mit seinem hohen Amt nicht in Einklang zu bringen seien und reine Verwaltungsarbeiten ausmachten. „Darüber hinaus“, so führte Dr. Thierack weiter aus, „will ich dem deutschen Menschen selbst die Möglichkeit geben, Recht zu sprechen, und ich bin davon überzeugt, daß jeder anständige, innerlich klare Volksgenosse genau so Recht sprechen kann wie der Richter.“ Dr. Thierack schilderte, wie er auf einer Fahrt durch Schlesien Ueberlieferungen der alten deutschen Rechtsprechung gefunden habe in den Gerichtskretschamen, die aus den Gerichtsläuben hervorgegangen sind oder Anbauten an bestehende Gerichtsstätten darstellen, wobei das aus dem Altschlesischen

stammende Wort „Kretscham“ mit „Schenke“ zu übersetzen ist. In Schlesien gibt es über 700 Gerichtskretschame, deren ältester, der tausendjährige Michelsdorfer Fürstenkretscham, auf die Zeit der Wiederbesiedlung Schlesiens zurückgeht.

Auf diese schlesischen Ueberlieferungen alten deutschen Volksrechtes hinweisend, führte der Reichsjustizminister aus, daß die sogenannten Bagatellsachen, die Beleidigungen, nachbarlichen Streitigkeiten, die in der Praxis der Gerichte einen breiten Raum einnehmen, vielleicht auch kleinere Diebstähle usw., eine Dorfgemeinschaft selbst schlichten könne, wobei natürlich Voraussetzung sei, den richtigen Mann aus der Dorfgemeinschaft zu finden, der das Recht in sich trage. Abzulehnen sei, einen Mann zum Richter anzurufen, der Beamter, Politischer Leiter, Ortsgruppen- oder Kreisleiter ist. Von der Veriebungung alten deutschen Volksrechtsbrauches aber werde ein Strom von Volksrecht ausgehen, der auch den Richter zum Denken zwingt.

Das zweite Problem in der Rechtspflege sei, wie Dr. Thierack weiter ausführte, das Problem des Rechtsanwalts. Es sei kein Geheimnis, daß der Stand des Rechtsanwalts sich in der Krise befinde. Oftmals sei das Streben des Rechtsanwalts nach Verdienst stärker als die Erkenntnis, daß er im Rechtsleben des Volkes eine Funktion auszuüben habe, und mancher Rechtsanwalt könne sich nicht zu der Höhe der Rechtsauffassung aufschwingen, die notwendig sei. Immer aber erscheine der Rechtsanwalt als Vertreter der Interessen eines Mandanten. In der kommenden nationalsozialistischen Rechtsprechung werde es deshalb eine Vertretung persönlicher Interessen gegen Bezahlung nicht geben. Der Stand des Rechtsanwalts müsse zwar bleiben, damit der rechtsunerfahrene, unkundige Volksgenosse Hilfe finde. Aber notwendig sei, den Rechtsanwalt näher an den Staat heranzuführen. Er müsse durch die Justiz beaufsichtigt werden. Die soziale Seite des Problems sei dadurch zu lösen, daß der Rechtsanwalt ein Ruhegehalt empfangen dürfe, das aber nicht der Staat, sondern der Stand des Rechtsanwalts zu finanzieren habe. Für den Rechtsanwalt als Gehilfen beim Finden des lautersten Rechts aber müsse die Möglichkeit bestehen, auch Richter zu werden.

Zum dritten ging der Reichsjustizminister auf die Kriegsprobleme der Justiz ein und führte aus, daß der Krieg, in dem die besten deutschen Männer an der Front ihr Leben ließen, eine positive und eine negative Auslese bringe. Es gehe aber nicht an, daß asoziale Elemente in der Heimat geschont würden, und deshalb habe er durchgeführt, daß solche Elemente nicht mehr zu den ungefährlichsten, sondern zu den gefährlichsten Arbeiten herangezogen würden, gleichgültig, wo diese seien. Schuld und Sühne bilde die ethische Grundlage der Strafe. Sie dürfe aber nicht zu einer Gefahr für das Volk werden. Gesetz und Recht müßten dem inneren Gefühl des Volkes folgen. „Kein Volk der Welt hat ein so starkes Rechtsempfinden wie das deutsche“, sagte Dr. Thierack abschließend. „Wir kämpfen in diesem Krieg um das Recht, um unser Lebensrecht, und die Entscheidung wird unsere Wehrkraft, unsere Wirtschaftskraft und unser gläubiges Vertrauen in die Heimat bringen.“

Gauleiter Hanke dankte dem Reichsjustizminister für seine Ausführungen und brachte das „Sieg Heil“ auf den Führer und seine Wehrmacht aus.

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 20

Artgemäßes Recht unter Sprengung überalterter Rechtsformen

Dr. Thierack über die Kriegsaufgaben der Akademie für Deutsches Recht

Berlin, 12. 1.

Im Januar-Heft der „Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht“ ergänzt Reichsminister der Justiz Dr. Thierack in bedeutsamer Weise seine kürzlich in Breslau gemachten Ausführungen hinsichtlich der Kriegsaufgaben, vor die die deutsche Gesetzgebung gestellt ist. Dr. Thierack beantwortet eingehend die Frage, warum wir heute, nach einem Jahrzehnt nationalsozialistischer Aufbauarbeit, auf dem Gebiet des Rechtslebens noch nicht weiter sind. Das liege einmal an der Erbschaft, die wir 1933 zu übernehmen hatten und die eine völlige Neugestaltung selbst der Grundgesetze des deutschen Rechtslebens erforderte. Hier mußte mit größter Vorsicht zu Werke gegangen werden, um nicht durch eine zu frühzeitige Kodifikation fruchtbare Entwicklungen abzuschneiden. Aus diesem Grunde sind wir z. B. heute froh — so heißt es wörtlich in den Ausführungen des Reichsjustizministers —, „daß die Entwürfe eines neuen Strafgesetzbuches nicht Gesetz geworden sind.“

Es würde sonst aus theoretischen Erwägungen etwa der Gedanke des Schutzes der Volksgemeinschaft vor Gewohnheitsverbrechern in der Form der „Zweispurigkeit“ zwischen Strafe und Sicherungsmaßregeln verwirklicht worden sein — eine Lösung, die wir heute nicht mehr als glücklich ansehen.

Ferner wurde die schnelle Entwicklung der Gesetzgebung dadurch behindert, daß die deutsche Rechtswahrerschaft und die Einrichtungen, des deutschen Rechtslebens einer einheitlichen Führung entbehrten. Diese ist jetzt durch die durch den Führer am 20. August 1942 vollzogene Ernennung von Dr. Thierack zum Reichsminister der Justiz hergestellt worden, da ihm alle Einrichtungen des deutschen Rechtslebens anvertraut wurden. „Zum erstenmal können“, so schiebt der Minister in seinem Aufsatz, „alle wertvollen Kräfte der deutschen Rechtswahrerschaft zur Mitarbeit an dem stolzen Bau eines großzügigen nationalsozialistischen deutschen Volksrechts zusammengefaßt werden.“

Schließlich habe aber auch der Krieg sich sehr hemmend auf die Entwicklung der gesetzgeberischen Arbeiten ausgewirkt, denn seit 3½ Jahren habe er den größten Teil der Aktivisten unter den deutschen Rechtswahrern aus ihrer Arbeit gerissen. Die Weiterführung großer Reformarbeiten wurde damit großenteils in Frage gestellt. Trotzdem müssen diese Arbeiten fortgeführt werden, und indem der Führer an Reichsjustizminister Thierack den Auftrag hierfür erteilte, hat er auch die Frage bejaht, daß dies möglich ist.

Das deutsche Volk, so betont der Reichsjustizminister weiter, befinde sich in einem Rechtskampfe allergrößten Ausmaßes und die kämpferische Einstellung des deutschen Volkes, das über ein unerhört feines Rechtsempfinden verfügt, könne nur aufrechterhalten bleiben, wenn jeder Deutsche das unbedingte Vertrauen zur Staatsführung habe, daß jedem Volksgenossen Recht

und Gerechtigkeit widerführe. Hier liege die große Aufgabe der Rechtspflege, die sie in unmittelbare Verbindung mit der Staatsführung bringe. Diese lasse sich aber nur von einer starken Rechtspflege durchführen, die die Möglichkeit habe, nationalsozialistisches Recht zu sprechen.

Hiermit bringt Reichsjustizminister Dr. Thierack zum Ausdruck, daß das Schwergewicht der gesetzgeberischen Arbeiten während des Krieges in der Neugestaltung des Verfahrensrechtes und in der Neugestaltung der Stellung des Richters liegen wird, während die Arbeiten am deutschen Volksgesetzbuch und am neuen Strafgesetzbuch erst nach Beendigung des Krieges zu Ende geführt werden können. Die von den Akademieausschüssen vorbereiteten Teile des Volksgesetzbuches werden als Diskussionsgrundlage ohne amtliche Stellungnahme der Öffentlichkeit übergeben werden, damit die in dem Entwurf enthaltenen Gedanken ausreifen können.

Wie Reichsjustizminister Dr. Thierack in seinen Ausführungen mitteilt, wird — entgegen früherer Auffassung — das Volksgesetzbuch auch das Arbeitsrecht mit umfassen, „denn“, so sagt der Minister wörtlich, „ohne eine Regelung der Arbeit als des wichtigsten völkischen Grundwertes dürfte das Volksgesetzbuch jedenfalls diesen Namen nicht verdienen.“

Ueber die Neugestaltung des Verfahrensrechtes und der Stellung des deutschen Richters hat Reichsjustizminister Dr. Thierack in seinem Neujahrsaufruf und in seiner Breslauer Rede die notwendigen Ausführungen gemacht, die inzwischen auch durch Einsetzung dreier Ausschüsse: „Rechtspflege durch das Volk“, „Richter und Rechtspflege“ und „Neuordnung der deutschen Gerichtsverfassung“ ihrer Verwirklichung nähergerückt wurden. Mit den Kräften, die der Rechtswahrung noch zur Verfügung stehen, wird hier mit äußerster Anspannung weitergearbeitet werden, damit das deutsche Volk unter Sprengung überalterter Rechtsformen ein artgemäßes Recht erhält. Diese Aufgabe wird nicht in wenigen Monaten gelöst werden können. Sie soll auch in wichtigen Teilen nicht zu Ende geführt werden, ohne daß unsere im Felde befindlichen Rechtswahrer Gelegenheit haben ihren Teil dazu beizutragen. Die Vorarbeiten aber müssen geleistet werden. Dazu wird auch manches gehören, was bereits, weil unaufschiebbar, gesetzliche Form erhalten muß.

Am Schluß seines Aufsatzes erwähnt der Reichsjustizminister die Arbeiten des Ausschusses für Patentrecht, die in der nächsten Zeit mit dem Ziel einer Vereinfachung des Patentverfahrens eingeleitet werden, und ferner die Arbeiten einer neuen Arbeitsgemeinschaft für die „Rechtsschulung der Jugend“ im Jugendrechtsausschuß, die zur Vorbereitung einer großzügigen Rechtsschulung der Jugend nach Beendigung des Krieges die Schaffung einer „Rechtsfibel“ in Angriff nehmen will.

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 470/71

Auflockerung des Erbhofrechts

Reichsjustizminister Thierack über die neue Verordnung

Berlin, 1. 10.

Vor zehn Jahren, am 1. Oktober 1933, trat das Reichserbhofgesetz in Kraft; damit wurde zugleich das Fundament der stabilen deutschen Agrarpolitik gelegt. Seine Aufnahme erfolgte damals nicht überall gleich begeistert, denn das Gesetz war wohl zunächst mit seinen wuchtigen und deshalb etwas starr anmutenden Sätzen nicht so elastisch, daß es sich allen Anforderungen anzupassen vermochte. Um so größere Genugtuung wird die Landwirtschaft über die nunmehr durchgeführte Fortentwicklung empfinden, die Auflockerung, welche der Reichsminister der Justiz Dr. Thierack auf einer Feierstunde zur zehnjährigen Wiederkehr der Gesetzesverkündung bekanntgab.

Bevor er auf die einzelnen Aenderungen einging, dankte der mit der Führung der Geschäfte beauftragte Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Staatssekretär Backe, als Präsident des Reichserbhofgesetzes allen Mitarbeitern für die geleistete Pionierarbeit. Der Erbhofgedanke wurzele darin, das Bauerntum wieder als Hüter und Mehrer des deutschen Blutes anzuerkennen, zu erhalten und zu fördern. Darüber hinaus aber müsse für eine feste Verwurzelung der Sippe mit dem angestammten Erbhof Sorge getragen werden, während ein Teil der Bauernkinder aus der Dynamik des Erbhofrechts genötigt sei, als Neubauern sich auf Neuland selbsthaft zu machen. Staatssekretär Backe dankte dem Führer für das Erbhofgesetz, indem er die Mitglieder des Reichserbhofgerichts verpflichtete und als Präsident dieses Gerichts gelobte, an diesen Grundgedanken festzuhalten.

Staatssekretär Backe gab dann praktische Hinweise für die weitere Arbeit des Reichserbhofgerichts. Er forderte, daß das Reichserbhofgericht das Erbhofrecht ständig fortbilde und laufend der Entwicklung des Lebens und des politischen Geschehens anpasse, ohne erst darauf zu warten, daß der Gesetzgeber sich der neuen Lage angepaßt habe. So müsse es Aufgabe der Rechtsprechung über die Bauernfähigkeit sein, dafür zu sorgen, daß dem Ziele des bauerlichen Berufserziehungswerkes Rechnung getragen werde, wonach nur der, der die vorgeschriebene Fachausbildung als Landwirt mit Erfolg durchgemacht habe, Anspruch auf einen Erbhof habe.

Es sei ferner nötig, daß die Rechtsprechung der Bauerngerichte Verständnis für die große Zeit der kommenden Siedlung aufbringe und darauf achte, daß nicht eine zu enge Auffassung über die Unveräußerlichkeit des Erbhofes siedlungswillige Bauern von dem Osten zurückhalte, auf der anderen Seite aber auch dafür Sorge, daß nicht eine gefährbringende Auflockerung des Grundsatzes der Unveräußerlichkeit des Erbhofes Platz greife. Vor allem auch sei es Aufgabe der weiteren Rechtsprechung, dafür Sorge zu tragen, daß neu entstehende Erbhöfe eine wirklich ausreichende Ackernahrung darstellen, damit eine möglichst große Kinderschar auf dem Hofe aufwachsen könne.

Anschließend ergriff der Reichsminister der Justiz Dr. Thierack zur Erläuterung der neuen Erbhof-Verordnung das Wort. Er ging von der Erweiterung des Bauern-

begriffs aus und behandelte anschließend die neue erbhofrechtliche Güterrechtsreform der bauerlichen Verwaltung und Nutznießung. Diese bauerliche Verwaltung und Nutznießung werde nicht nur der einheiratende Ehemann, sondern vor allem auch, und zwar kraft Gesetzes und nicht etwa nur auf Grund eines Testaments, der überlebende Ehegatte, Mann oder Frau, erhalten. Die Regelung der Stellung des einheiratenden Ehemannes im Erbhofrecht war nicht voll befriedigend. Die Besserstellung der einheiratenden Ehefrau entspreche ihrer Bedeutung für Hof und Hofsippe und sei gleichzeitig eine Anerkennung für ihre ungewöhnlichen Leistungen im Kriege.

Mit besonderem Nachdruck wies der Minister auf die Vorschriften hin, die die Wiederverheiratung des dem Hofeigentümer überlebenden Ehegatten fördern. Der neue Ehegatte erhalte seinerseits die gesetzliche Verwaltung und Nutznießung am Erbhofe und später ein Altenteil, die Kinder aus der neuen Ehe erhielten Erziehungs-, Unterhalts- und Ausstattungsansprüche. Der Altenteilsanspruch und die Ausstattungsansprüche richten sich nach der Leistungsfähigkeit des Hofes; für ihre Bemessung seien ferner die Leistungen der Berechtigten für den Hof in der Regel maßgeblich zu berücksichtigen. Der überlebende Ehegatte könne schließlich durch Testament des Hofeigentümers oder im Erbvertrag auch sogar vorübergehend zum Anerben eingesetzt werden.

Die zweite große Gruppe der neuen Vorschriften behandle den Ehegattenerbhof. In manchen Gegenden des Reiches, insbesondere in den Donau- und Alpen- gauen, seien Ehegattenerbhöfe seit jeher üblich gewesen, und gerade hier habe sich trotz der Uebertragung des Miteigentums auf den Ehegatten ein fest verwurzelter Erbhofbrauch erhalten. Was sich seit altersher bewährt habe, könne dem Erbhofgedanken nicht abträglich sein. Die Begründung von Ehegattenerbhöfen sei deshalb wieder zugelassen worden.

Der verstärkten Durchsetzung des Sippenprinzips dienten auch fast alle anderen neuen Vorschriften zur Anerbenfolge und Anerbenbestimmung, insbesondere das neugeschaffene Mutterrecht. Der Vorrang der Töchter und Töchteröhne vor den Brüdern und Brüdersöhnen des Erblassers bliebe vorläufig erhalten, sei also bis auf weiteres nicht mehr auf den ersten und zweiten Erbfall seit Einführung des Erbhofrechts beschränkt. In der Erbhofpraxis würden schließlich besonders begrüßt werden die Vorschriften über die Erzwingung der rechtzeitigen Hofübergabe durch den alternden und der Bewirtschaftung nicht mehr voll gewachsenen Bauern und über die Erklärung aller Bergbauernhöfe auch über 125 Hektar zu Erbhöfen.

Der Minister dankte Staatssekretär Backe für die weitgehende Mitarbeit seines Ministeriums und wendete sich dann nochmals an die Mitglieder des Reichserbhofgerichts. Sache der Anerbenbehörden sei es, die neuen Vorschriften mit wahren Leben zu erfüllen. Gerade dem Reichserbhofgericht als höchstem deutschem Bauerngericht falle damit wieder eine besonders verantwortungsvolle aber auch dankenswerte Aufgabe zu.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 278

Duplikat

Der Rechtskampf des deutschen Volkes.

Reichsjustizminister Dr. Thierack auf einer Kundgebung in Frankfurt.

= FRANKFURT, 1. Juni. In einer großen Kundgebung im Saalbau sprach heute abend Reichsjustizminister Dr. Thierack über das Thema „Der Rechtskampf unseres Volkes“. Die von vielen führenden Vertretern der Partei, der Wehrmacht und des Staates besuchte Kundgebung, zu der mit dem Minister auch Gauleiter und Reichsstatthalter Sprenger erschienen war, wurde von Kreisleiter Schwebel mit Begrüßungsworten für Dr. Thierack eröffnet.

Dr. Thierack ging davon aus, daß die Frage nach Ursache und Sinn dieses Krieges um so lebendiger gestellt werde, je schärfer der Krieg selbst im Laufe der Jahre geworden sei. Um diese Frage beantworten zu können, gab der Minister einen Rückblick in die tausendjährige Geschichte des Reiches. Von Anfang an sei es durch seine geographische Lage Angriffen ausgesetzt gewesen. Dies habe immer wieder zu Tiefständen im völkischen Leben geführt. Immer aber seien wieder große Führer aufgestanden, die das deutsche Volk emporgerissen hätten. Den steilsten Aufstieg, den das deutsche Volk jemals aus tiefer Not genommen habe, habe es unter der Führung Adolf Hitlers erlebt. Er habe die inneren Kräfte der deutschen Seele angerufen, Treue, Ehre, Tapferkeit und Gemeinschaftssinn. Das Bekenntnis zu diesen Grundkräften habe die Kampfansage an das internationale Judentum in sich geschlossen. Denn dieses Judentum habe ja auch das unnatürliche Bündnis zwischen Moskau, London und New York zustandegebracht. Erst wenn es gelinge, den Einfluß des Juden auf die Völker auszuschalten, würden diese auch zur Ruhe kommen. Dieser Krieg unüberbrückbarer Gegensätze und Weltanschauungen werde nur Sieger und Besiegte sehen. Entweder triumphiere der deutsche Idealismus oder der jüdische Imperialismus und Materialismus, der alle europäischen Kulturvölker mit Vernichtung bedrohe.

Nach einem Rückblick auf Entstehung und Entwicklung dieses Krieges befaßte sich Dr. Thierack mit der gegenwärtigen Lage. Er betonte, daß die von niemand beschö-

nigten Rückschläge nur dazu dienten, die im deutschen Volk vorhandenen Kräfte zu mobilisieren und seine Anstrengungen zu verdoppeln. So sei dieser Krieg ein totaler Volkskrieg geworden, und Front und Heimat trügen gleichermaßen zur Erringung des Sieges bei, der gleichzeitig ein Sieg des deutschen Sozialismus sein werde.

Richter und Gesetz.

Wenn das deutsche Volk diesen Rechtskampf nach außen bestehen solle, so stellte Dr. Thierack weiter fest, dann müsse auch in seinem Inneren das Recht in Ordnung sein. Die nationalsozialistische Staatsführung habe den Kampf um die Ersetzung des fremden Rechts durch das deutsche Recht aufgenommen und habe manches erreicht, aber der Kampf sei noch nicht zu Ende geführt. Der Führer habe ihn, Dr. Thierack, am 20. August des vorigen Jahres, am Tage des vergeblichen Landungsversuches in Dieppe, den Auftrag erteilt, eine starke nationalsozialistische Rechtspflege zu errichten. Im Mittelpunkt dieser Aufgabe stehe der Mensch, nicht das Gesetz, weil immer Menschen das Recht machten. Ein guter Richter, der Nationalsozialist sei, werde auch mit schlechten Gesetzen ein gutes Urteil fällen, ein schlechter Richter aber auch mit guten Gesetzen nicht.

Der Minister ging dann auf einzelne Probleme der Neuordnung der Rechtspflege näher ein, zunächst auf das Problem des Richters. Daß der Führer, als Führer des Volkes, der oberste Gerichtsherr und oberste Richter der Nation sei, sei unbestritten; die Volksgenossen, denen er die Rechtsprechung übertrage, seien ihm dafür verantwortlich. Der Richter müsse deshalb aus dem Leben des Volkes heraus Recht finden und sprechen und seine innere und äußere Haltung müsse seiner besonderen Stellung und Aufgabe entsprechen. Dieser Richter sei berufen, die Kluft zwischen Volk und Recht zu schließen, die sich im Laufe der Zeit aufgetan habe. Ein solcher Richter könne auch nicht mißbraucht werden zur Kontrolle der Staatsführung, wie das in der Vergangenheit versucht worden sei, denn er sei ja selbst ein Stück der Staatsführung. Nun habe der Führer ihm, dem Minister,

wenden!

besondere Vollmachten verliehen. Diese Vollmachten hätten dem feindlichen Ausland Anlaß gegeben zu böartigen Verleumdungen, so zu der Behauptung, der neue Justizminister sei ernannt worden, um die Richter anzuweisen, wie sie im einzelnen Falle Recht zu sprechen hätten. Von all dem könne natürlich keine Rede sein; er denke nicht daran, die Richter anzuweisen, wie sie Recht zu sprechen hätten, solche Richter würde das Volk niemals anerkennen.

Dorf- und Stadtrichter.

Ausführlich sprach Dr. Thierack über den bereits bekannten Plan, im Rückgriff auf Ueberlieferungen aus dem alten deutschen Recht das Volk selbst wieder in stärkerem Umfang zur Rechtsprechung heranzuziehen, in der Form des Dorf- und Stadtrichters. In den kleinen Angelegenheiten des täglichen Lebens, die zu Streitfällen führten, sollten Männer aus dem Volke, die das Vertrauen in ihrem Dorfe oder in ihrer Stadt besäßen, zur Ordnung und Entscheidung der Streitigkeiten berufen sein. Dieser Dorfrichter oder Stadtrichter solle kein Gesetz in die Hand bekommen, sondern aus seinem Rechtsempfinden heraus die Parteien zueinander führen oder eine Entscheidung fällen. Die Schwierigkeit bestehe nur darin, die richtigen Menschen für dieses verantwortungsvolle Amt zu finden. Man werde vorsichtig in einzelnen Gauen damit beginnen, die Institution der Dorf- und Ortsrichter einzuführen, vor allem dort, wo alter deutscher Rechtsbrauch, der eine Anknüpfung gestatte, noch nicht ganz verlorengegangen sei. Natürlich müsse eine Möglichkeit gegeben sein, die Entscheidungen der Dorf- und Stadtrichter nachzuprüfen. Er verspreche sich von dieser Einrichtung sehr viel, da sie geeignet sei, viel gesundes Rechtsdenken zum Vorschein kommen zu lassen; dieses gesunde Denken werde dann auch seine Wirkung zu den höheren Gerichten hin ausüben, und die ganze Institution werde dazu beitragen, daß man künftig weniger gelehrte Richter brauchen werde als bisher. Nicht zu unterschätzen sei schließlich, daß die Einrichtung des Dorfrichters dazu beitragen könne, das Selbstbewußtsein des Dorfes zu stärken.

Schutz der Gemeinschaft im Kriege.

Als weiteres Problem behandelte Dr. Thierack das der Wohnheits- und Berufsverbrecher im Kriege. Auf das Problem der Asozialen habe er sein besonderes Augenmerk gerichtet. Dieses Problem stehe gerade jetzt im Kriege, in dem die Besten fielen, während die Asozialen erhalten blieben, stark im Vordergrund. Es sei Vorsorge getroffen, daß derartig minderwertige Menschen zu bestimmten Arbeiten herangezogen würden, bei denen sie wenigstens noch etwas für die Volksgemeinschaft leisteten. Oberster Grundsatz der Strafrechtspflege im Kriege müsse der Schutz der Volksgemeinschaft sein. Wer die Gemeinschaft des Volkes und die aus ihr erwachsende Kraftquelle störe, schädige oder zersetze, den werde die deutsche Rechtspflege unnach-sichtlich zur Verantwortung ziehen und, wenn es sein müsse,

vernichten. Jeder anständige deutsche Volksgenosse solle diesen Schutz fühlen. Die gleichen Gesetze gälten für die Millionen fremder Volksangehöriger, die sich im Arbeitseinsatz in Deutschland befänden.

Wenn von allen Volksgenossen ein Beitrag zum Kriege verlangt werde, so hätten auch alle an den Schwierigkeiten und Lasten, die dieser Krieg mit sich bringe, gleichmäßig teilzunehmen. Wer versuche, sich mehr zu verschaffen, als jedem zustehe, stelle sich außerhalb der Gemeinschaft. Dabei sei es gleichgültig, wo er stehe, und was er sei. Die Justiz werde ohne Rücksicht auf die Person einschreiten. Der Minister warnte nachdrücklich vor dem Tauschhandel mit rationierten Waren. „Es soll sich niemand beschweren, wenn auch hier die Justiz zuschlägt.“ Die deutsche Strafrechtspflege habe in dem Schicksalskampf des Volkes eine besonders wichtige Aufgabe erhalten. Sie sei entscheidend verantwortlich dafür, daß niemand aus der Reihe breche.

Die zivile Rechtspflege habe Lebensvorgänge im Volke zu ordnen, die sich durch die Beteiligten selbst nicht mehr in Ordnung bringen ließen. Auch die zivile Rechtspflege müsse aber den Kriegserfordernissen Rechnung tragen. Wenn heute noch Volksgenossen, die sich um kleinlicher Fragen willen verzankt hätten, glaubten sofort zum Richter laufen zu müssen, so sei zu sagen, daß die Justiz wichtigeres zu tun hätte, als einem solchen Mann eine private Genugtuung zu verschaffen. Der Richter werde nur solche Streitfälle entscheiden, die er für kriegswichtig halte. Das Recht und das Rechtsgefühl des Volkes würden hierbei keinen Schaden erleiden.

Im festen Glauben an das Recht.

Zum Schlusse stellte der Minister die innere Situation in Deutschland, wie sie heute unter nationalsozialistischer Führung ist, den Verhältnissen von 1918 gegenüber. Damals hätten große Schichten des Volkes ohne Glauben an die Sache des Reiches gelebt, heute stehe es unter einer starken Staatsführung fest im Glauben an sein Recht auf Leben und Lebensraum. Die kämpferische Haltung des deutschen Volkes, seine innere Geschlossenheit seien nur zu erhalten, wenn eine starke Justiz Gerechtigkeit übe, das heißt jeden in die Schranken weise, der sich gegen die Gemeinschaftspflichten vergehe. Das Geschick wolle es, daß das deutsche Volk im gleichen Zeitpunkt auch nach innen seinem artgemäßen Recht zum Durchbruch ver helfe. Hierin zeigten sich die innere Lebenskraft und der Lebenswert dieses Volkes. „Aus dem unbeirraren Gefühl, daß uns Unrecht angetan werden soll, erwachsen jene ungeheuren seelischen Kräfte, die uns nach des Führers Worten den Sieg verbürgen, weil bei uns die größere Energie, die größere Ausdauer und die größere Zähigkeit sind.“

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 86

Thierack über die Justiz im Kriege

Berlin, 26. 3.

Reichsjustizminister Dr. Thierack sprach Sonnabend abend im Großdeutschen Rundfunk über die Aufgaben, die der Justiz im Kriege gestellt sind. Der Reichsjustizminister führte hierbei aus:

„Die Aufgabe der Justiz im Kriege ist insofern keine andere als im Frieden, als die Justiz dafür zu sorgen hat, daß es in unserer Volksgemeinschaft gerecht und anständig zugeht und daß derjenige, der glaubt, ohne Rücksicht hierauf leben zu können, zur Rechenschaft gezogen wird.

Ueber 50 Prozent der deutschen Richter sind im fünften Kriegsjahr zur Wehrmacht eingezogen. Es ist klar, daß mit der verbleibenden Anzahl nicht das geleistet werden kann, was in Friedenszeiten geleistet wurde. Ein nennenswerter Ersatz ist auch nicht möglich. Wenn daher die Justiz dazu übergegangen ist, dem Richter die Möglichkeit zu eröffnen, nicht kriegswichtige Prozesse stillzulegen, so war diese Notmaßnahme eine Selbstverständlichkeit. Sie setzt voraus, daß der Richter die Macht, die ihm damit in die Hand gegeben wird, vorsichtig und weise handhabt, daß er ständig die Belange des Volkes oder die der einzelnen miteinander abwägt. Diese Vorschrift verlangt aber auch ein Verständnis des Volkes. Ich kann mit besonderer Freude mitteilen, daß das Volk diese Kriegsmaßnahmen begriffen und gebilligt hat.

Es ist kein Geheimnis, daß die Strafen, die heute im Kriege verhängt werden, hart, manchmal sogar sehr hart sind. Manche — und keineswegs etwa Gegner unseres Volkes — meinen sogar, die Justiz sei oft zu hart und nutze insbesondere die härtesten Strafen zu sehr ab. Ebenso interessant und aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang allerdings die Tatsache, daß ausgerechnet unsere Feinde in ihrer Presse und ihren Hetzsendern oft ein Wehklagen oder Wutgeschrei gegen unsere Strafjustiz erheben, wobei selbstverständlich alle liberalen Phrasen, wie Humanität, Menschenwürde, Gerechtigkeit usw. vorgebracht werden, die — was wir seit langem wissen — ohnehin nur von unseren Gegnern in Erbpacht genommen worden sind.

Das sollte denn doch auch die letzten Zweifler bei uns nachdenklich stimmen. Wenn unsere Feinde uns loben, haben wir bestimmt einen Fehler gemacht, wenn sie

uns aber tadeln, angreifen und beschimpfen, dann müssen wir doch wohl auf dem richtigen Wege sein, denn man kann kaum annehmen, daß sie uns Ratschläge erteilen werden, die uns nutzen und ihnen damit schaden. Wenn sie uns aber Rügen erteilen, dann doch deshalb, weil ihnen die Verbrecher und Saboteure, vor denen wir unsere Gemeinschaft rücksichtslos schützen, in ihrer ehrenvollen Kampftruppe gegen unsere innere Front fehlen. Wenn sie aber in ihrem Hetzsender gar behaupten, wir müßten deshalb mit so harten Strafen vorgehen, weil unsere Führung und unser Staat andernfalls längst zerbrochen wären, so kann ich ihnen darauf nur die Antwort geben:

Ein Staat, der sein Volk nicht mit dem Recht, sondern brutaler Gewalt regiert, hat schon verloren, bevor er mit dem Aufbau begonnen hat. Und unsere Gegner werden wohl auch selbst nicht glauben, daß die beispiellose und einmalige Aufbauarbeit des Nationalsozialismus und die einmaligen Leistungen unserer Wehrmacht in den hinter uns liegenden Kriegsjahren nur mit Gewalt und Strafen erreicht werden konnten. Was die Justiz dazu beitragen kann, um Zersetzungerscheinungen und Angriffe auf die innere Front zu verhindern, wird geschehen. Jede falsche Rücksichtnahme wäre hier eine unverzeihliche Schwäche, die nachher auch gerade von denen bezahlt werden müßte, die manchmal dafür eintreten.“

Der Minister wandte sich dann an die Einzelgänger im deutschen Volk, die den Siegesglauben durch staatsfeindliche Reden und falsche Nachrichtenverbreitung zu untergraben versuchen: „Wir nennen sie Defaitisten. Diese Kreaturen besorgen damit die Geschäfte unseres Feindes und fallen der kämpfenden Front in den Rücken. Hier gibt es kein Zurück! Auch hier versteht die Justiz aber wohl zu unterscheiden zwischen einem Volksgenossen, der in einer Bombennacht einmal die Nerven verliert, und einem Staatsfeind, der den Siegeswillen unseres Volkes planmäßig untergraben will. Und auch hier und gerade hier gilt der Satz: Je höher die Stellung, desto größer die Verantwortung. Wir sind es unseren Kameraden an der Front, ihren Opfern und ihrem Vertrauen zur Heimat schuldig, daß wir nicht versagen, sondern solche Elemente ausrotten, ehe sie ihr Gift weiter ausgestreut haben.“

Thierack, Otto Georg
P.

Signatur:

P. Thierack
Otto Georg

Datum:

al Española (Madrid)

33164 - 0017 BEC

Die Welt / Hamburg

Nr 75 -

23. Nov. 1946

Selbstmord Thieracks

Der frühere Justizminister des nationalsozialistischen Regimes, Otto Georg Thierack, hat, wie erst jetzt bekanntgegeben wird, am 26. Oktober in dem britischen Internierungslager Neumünster Selbstmord begangen. Thierack sollte sich mit vier anderen Justizbeamten vor dem Nürnberger Gerichtshof verantworten.